

**NIEDERSCHRIFT**  
**der 44. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 19.07.2018**

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste  
Ort: Ratssaal Am Kloster 1

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:35 Uhr

**Bestätigte Tagesordnung**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Einwohnerfragestunde
- TOP 4 Entscheidung über die Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates
- TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse, ggf. über wichtige Stadtangelegenheiten und Eilentscheidungen
- TOP 6 Klage gegen die Kreisumlage des Burgenlandkreises 120/2018  
- endgültiger Bescheid vom 21.06.2018
- TOP 7 Beantwortung von Anfragen
- TOP 8 Mitteilungen und Anfragen

**Nichtöffentlicher Teil**

- TOP 1 Mitteilungen und Anfragen

**Öffentlicher Teil**

- TOP 9 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- TOP 10 Schließung der Sitzung

**Öffentlicher Teil**

**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit**

Der Stadtratsvorsitzende Herr Freiwald eröffnet die Sitzung.

Herr Walther beanstandet die ordnungsgemäße Ladung. Bei ihm funktioniert die App auf dem Tablet nicht, so dass sich die Dokumente nicht öffnen lassen. Die Mitglieder Gotthelf, Zwirnmann und Rauner haben das gleiche Problem. Allerdings merkt Herr Rauner an, dass er die Unterlagen nach bemerken des Problems telefonisch angefordert und per E-Mail erhalten hat. Nach Aussage von Herrn Gotthelf konnte er die Unterlagen am Dienstag, den 10.07.2018 noch öffnen. Erst am Tag danach trat bei ihm dieses Problem auf.

Durch Herrn Freiwald wird festgestellt, dass ein Großteil der Mitglieder dieses Problem nicht haben und weist daraufhin, dass nach Aufzeigen eines Problems mit der App, sich die Mitglieder unverzüglich an das Büro Stadtrat wenden sollen, um die Dokumente in Form von E-Mail bzw. schriftlich abzufordern.

Herr Freiwald legt fest, die ordnungsgemäße Ladung im Nachgang durch das Justizariat prüfen zu lassen und die die Ladung zur heutigen Sitzung als ordnungsgemäß festzustellen.

Es sind 34 Mitglieder anwesend. Es besteht Beschlussfähigkeit.

## **2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Dem Vorsitzenden Herrn Freiwald liegt ein Ergänzungsantrag der Fraktion Bürger für Gerechtigkeit/Grüne schriftlich vor. Dieser wird dem Justizariat der Verwaltung zur weiteren Prüfung übergeben.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung festgestellt.

## **3. Einwohnerfragestunde**

Keine Anfragen.

## **4. Entscheidung über die Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates**

Einwendungen gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben. Die Niederschrift der Sitzung vom 21.06.2018 ist somit festgestellt.

## **5. Bericht des Oberbürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse, ggf. über wichtige Stadtangelegenheiten und Eilentscheidungen**

Aufgrund des Jahresurlaubs erfolgt durch Herrn Risch keine Berichterstattung.

## **6. Klage gegen die Kreisumlage des Burgenlandkreises - endgültiger Bescheid vom 21.06.2018**

Zu Beginn der Sitzung haben sich die Stadtratsmitglieder Frau Erben und Herr Kunze nach § 33 KVG LSA als befangen erklärt. Diese nehmen somit nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Oberbürgermeister führt kurz ein und merkt an, dass die Einberufung der Sondersitzung während der Sommerpause keine Absicht war. Aufgrund des Eingangs des Bescheides zur Kreisumlage am 25.06.2018 und die Frist des Rechtsbehelfs von einem Monat (Fristende 25.07.2018) ist eine Einberufung einer außerordentlichen Sitzung erforderlich. Fortführend übergibt er das Wort an den Justiziar der Verwaltung, Herrn Tietke, für weitere Erläuterungen.

Herr Tietke geht zuerst auf die bisherige Überprüfung des Finanzausgleichsgesetz (kurz: FAG) ein. Dabei führt er aus, dass die Frist zur Erhebung einer Klage bereits verstrichen ist. Bei einer möglichen Klage gegen das FAG kann die Verwaltung nicht den § 12 FAG heranziehen sondern muss dabei auf den § 19 (2) FAG (Zuordnungsmaßstab) abzielen. Da die Erfolgsaussichten dazu allerdings nicht hoch anzusehen sind, besteht für die Stadt Weißenfels nur noch die Möglichkeit ein Klageverfahren gegen die Kreisumlage einzuleiten.

Bezüglich der Klage gegen das FAG merkt Herr Rauner an, dass diese durch das Justizariat rechtlich überprüft werden soll. Dies muss schnellstmöglich abgeschlossen werden. Des Weiteren weist er auf die Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes zum Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates hin, wo diese feststellen dass der Stadtrat rechtmäßig gehandelt hat.

Herr Walther fragt nach, aufgrund des Eingangs des endgültigen Bescheides, wie mit dem Klageverfahren gegen den vorläufigen Bescheid umgegangen wird. Weiterhin bittet er um Auskunft, wie die Senkung um 1,28 % zustande kommt.

In Beantwortung der Fragen teilt Herr Risch mit, dass beide Bescheide ein separates Vorgehen erfordern. Dabei besteht die Möglichkeit, das Verfahren gegen den vorläufigen Bescheid ruhen

zu lassen und zum endgültigen Bescheid ein neues Verfahren einzuleiten. Oder man lässt das Verfahren zum vorläufigen Bescheid bestehen und sieht die Entscheidung des Gerichtes als Grundsatzentscheidung an. Er führt außerdem aus, dass der überwiegende Teil der Kommunen im Landkreis keinen ausgeglichenen Haushalt erhalten, was vor allem auf die Kreisumlage zurückzuführen ist.

Die Senkung der Kreisumlage ist aufgrund der Fortschreibung der Maßnahmeliste sowie den Erhalt von Bundesmitteln zur Förderung von Schulen erfolgt.

Ferner fordert Herr Walther von den Kreistags- und gleichzeitig Stadtratsmitglieder die Offenlegung ihrer Abstimmung im Kreistag und bezweifelt die Möglichkeit einer neutralen Abstimmung, auch im Hinblick auf die Angestellten im Burgenlandkreis.

Hierzu informiert Herr Freiwald darüber, dass die Mitglieder nicht verpflichtet sind, ihre Abstimmung öffentlich bekannt zu geben.

Frau Schlegel stellt den Geschäftsordnungsantrag „Schluss der Rednerliste“.

Herr Freiwald stellt noch 2 Wortmeldungen fest (Herr Brückner und Herr Walther), welche vor dem Geschäftsordnungsantrag angemeldet worden sind.

#### Abstimmung Geschäftsordnungsantrag:

dafür: 30                      dagegen: 1                      Enthaltung: 3

Der Antrag ist damit angenommen.

Herr Brückner ist der Meinung, dass die Chance genutzt werden soll. Somit besteht die Möglichkeit für die Stadt und die Bürger, die Haushaltssituation zu verbessern. Des Weiteren beantragt er die namentlich Abstimmung zum Beschluss.

Herr Walther stellt fest, dass es sich bei dem heutigen Beschluss um die Klage gegen den endgültigen Bescheid handelt. Nach seiner Ansicht sollte die Möglichkeit genutzt werden, Rechtsmittel dagegen zu erheben um eine endgültige sowie richtungswise Entscheidung herbeizuführen.

#### Es folgt die Abstimmung des Antrags auf namentliche Abstimmung:

dafür: 9                      dagegen: 25                      Enthaltung: 0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

#### **Beschluss-Nr. SR 462-44/2018**

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beauftragt den Oberbürgermeister, Rechtsmittel gegen den Bescheid des Burgenlandkreises vom 21.06.2018 zur Festsetzung der endgültigen Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2018 einzulegen.

#### Abstimmung:

dafür: 8                      dagegen: 24                      Enthaltung: 0

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

### **7. Beantwortung von Anfragen**

Folgende Antworten der Verwaltung liegen schriftlich vor:

- Prüfung von Abwasserverbänden wegen unerlaubter Geldgeschäfte
- Straßenbeleuchtung Stadt Weißenfels und Ortsteile

Bezugnehmend auf die Beantwortung des ZWA Bad Dürrenberg zu der Beantwortung zu unerlaubten Geldgeschäften teilt Herr Gotthelf mit, das der Geschäftsführer anbietet den Feststellungsbericht des Landesrechnungshofes in einer der nächsten Sitzungen im Stadtrat vorzustellen.

Herr Gotthelf beantragt, den Geschäftsführer des ZWA Bad Dürrenberg in eine der nächsten Stadtratssitzungen einzuladen, um den Feststellungsbericht des Landesrechnungshofes vorzustellen sowie Fragen der Stadtratsmitglieder zu beantworten.

Der Vorsitzende Herr Freiwald verweist diesen Antrag zur Vorberatung in den Hauptausschuss.

In diesem Zusammenhang wird von einigen Stadträten darauf hingewiesen, dass eine Vorstellung und Befragung verfrüht ist. Die Ergebnisse des Untersuchungsausschuss des Burgenlandkreises sollten abgewartet werden. Weiter wird auf die öffentlichen Verbandsversammlungen verwiesen, welche im Wochenspiegel rechtzeitig bekannt gemacht und besucht werden können.

## **8. Mitteilungen und Anfragen**

### Mitteilungen SRV:

- höhere Teilnahme am Eröffnungskonzert des Schlossfestes von Stadträten gewünscht
- Jugendcamp mit Partnerstadt Komarno findet nächste Woche in Weißenfels statt

Herr Riemer bittet um Auskunft wie der Oberbürgermeister mit dem heutigen Beschluss des Stadtrates verfahren wird, ist ein weiterer Widerspruch geplant oder findet dieser Akzeptanz. Hierzu teilt Herr Risch mit, dass er den Stadträten dazu am Montag eine Information zukommen lassen wird.

Durch Herrn Kungl wird angefragt, warum die Karten für eine Veranstaltung bei den Theatertagen bereits ausverkauft sind, obwohl die Flyer noch nicht im Umlauf sind.

Da die Veranstaltungen der Theatertage bereits im Veranstaltungskalender der Stadt veröffentlicht sind, kann es vorkommen, dass für einzelne Veranstaltungen keine Karten mehr vorhanden sind, nach Aussage von Herrn Risch.

Weiter wird durch Frau Schlegel nachgefragt, ob die rechtliche Prüfung gegen das FAG bereits abgeschlossen ist und die heutigen mitgeteilten Ergebnisse das abschließende Ergebnis ist. Herr Risch führt dazu aus, dass die Prüfung noch nicht abgeschlossen ist und die Stadträte gesondert darüber informiert werden.

Herr Böckler bittet um Auskunft, ob der noch nicht stattgefundene Baubeginn „Jobcenter – Alte Sparkasse“ mit dem Klageverfahren der Stadt zusammenhängt.

In Beantwortung dieser Anfrage teilt der Oberbürgermeister mit, dass mit dem Burgenlandkreis zum Jobcenter diverse Vereinbarungen getroffen worden sind und das Klageverfahren darauf kein Einfluss nimmt.

Zuletzt bittet Herr Wolter um Mitteilung, warum die Eltern der Kindergarten- und Hortkinder erst 4 Wochen vor der 2-wöchigen Betriebsruhe der Einrichtung über die Schließung informiert worden sind. Die Eltern sollten bereits rechtzeitig zum Jahresbeginn über die Schließungen informiert werden, um dies mit einplanen zu können.

Ende der öffentlichen Sitzung.

Jörg Freiwald  
Stadtratsvorsitzender

Sophie Münx  
Protokollführerin

## **Öffentlicher Teil**

### **Öffentlicher Teil**

#### **9. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt. Es waren keine Bürger mehr anwesend.

#### **10. Schließung der Sitzung**

Der Stadtratsvorsitzende schließt die Sitzung.

Jörg Freiwald  
Vorsitzender

Sophie Münx  
Protokollführerin